

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Berleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: die Zeitspaltel oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thiemes, Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Die Folgen des Zollkrieges.

Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß
während des Zollkriegs die russische Einfuhr nach
Deutschland beträchtlich größer sein wird, als die
russische Einfuhr aus Deutschland. Die Regie-
rungen der beiden Länder haben sich darauf be-
schänkt, die Zölle für die Waren zu erhöhen, die
schon bisher einer Einfuhrgebühr unterworfen
waren; für die bisher zollfreien Artikel hat man
hüben wie drüben keinen Zoll eingeführt.

Dabei ist Rußland sehr gut weggekommen,
weil der von seiner Einfuhr auf zollfreie Waren
entfallende Teil den Umfang des in Deutschland
zollfrei eingehenden Imports ganz erheblich unter-
schreitet. Es genügt hervorzuheben, daß laut An-
gabe der Zeitschrift des Bundesrats die russische
Regierung bei den Zollverhandlungen die
Bindung der Zollfreiheit für Fleisch, Haut, Werg,
rohe Wolle, Wollfäden, Häute zur Leder- und zur
Felleverfertigung, rohe Seidenfäden, lebendes Ge-
flügel und Kleie verlangt hat. Alle diese für
Rußland wichtigen Ausfuhrartikel sind in Deutsch-
land nach wie vor zollfrei.

Damit ist aber die Liste der zollfreien
Waren, die Deutschland in größerer Menge aus
Rußland zu beziehen pflegt, noch keineswegs er-
schöpft, vielmehr gehören dazu auch noch folgende
Handelsartikel: Kainit, Delfinöl, Heu, Stroh,
Futtergewächse, Milchgewächse, irische Fische,
frisches Obst, Sämereien, Brennholz, Blasen und
Därme, Haare von Pferden, Ziegen u., Theer,
Steine (roh oder bloß behauen), Serpentinol,
anderes Harzöl u., nicht besonders benannte rohe
Erzeugnisse zum Gebrauche d. (Nr. 50
des Zolltarifs), rohes Glycerin, Knochenmehl,
Supercytophant u. a. m.

In dem russischen Zolltarif sind dagegen nur
folgende Waren zollfrei: Getreide und Kartoffeln;
Korninchen; Vieh, Pferde, Tiere jeder Art;
verschiedene Drogenstoffe, wie Guano, Tomass-
schlacke; eine Anzahl Arzneimittel; Holz, roh oder
oberflächlich bearbeitet; Heu und Stroh; Matten
und Mattenfäden; ungeräuherte Kreide; Steine;
Stoffarten (Abraumfälsche) in natürlichem
Zustande; Lumpen; Gemälde, Bücher; Waaren und
Haar. Es sind das größtenteils Waaren, in
denen Rußland selbst stark ausfuhrfähig ist. Von
den angeführten Gegenständen haben die vier durch
den Druck hervorgerufenen Artikel für den deut-
schen Handel verhältnismäßig noch am meisten
Bedeutung.

Angesichts dieser Verhältnisse ist demnach fest-
zustellen, daß die deutsche Einfuhr nach Rußland
in Folge des Zollkrieges auf einen ganz unbedeu-
tenden Betrag zusammenschumpfen muß, wäh-
rend umgekehrt die russische Einfuhr nach Deutsch-
land zwar ebenfalls sehr stark zurückgehen, immer-
hin jedoch an und für sich recht umfangreich
bleiben wird, zumal Deutschland zur Zeit starken
Bedarf an Futtermitteln hat. Nach der Zeitschrift
des Bundesrats entfallen von den 578 Millionen
Markt, auf die das statistische Amt die 1891er
Einfuhr aus Rußland berechnet hat, etwa 400
Millionen Markt auf zollfreie Waren; Deutsch-
land hat also im Jahre 1891 für 178 Millionen
Markt (33 Millionen Markt mehr als die ge-
samte russische Wareneinfuhr aus Deutschland)
zollfreie Waren aus Rußland bezogen. Wir
wiederholen, daß sämtliche Artikel, die im Jahre
1891 zollfrei eingeführt waren, in Deutsch-
land auch jetzt noch zollfrei eingeführt werden.
In Rußland sollte man nicht unberücksichtigt lassen,
daß Deutschland, wenn es die Zahl seiner zoll-
freien Waren einschränken wollte, den russischen
Ausfuhrhandel noch erheblich stärker treffen könnte,
als bis jetzt geschehen.

Deutschland.

Berlin, 14. August. Von der schon ange-
kündigten russischen Zeitschrift über die Ver-
handlungen mit Deutschland bringt die Wiener
„N. Fr. Pr.“ einen längeren Auszug. Danach wird
in der Zeitschrift, die sichlich den Zweck verfolgt,
den russischen Finanzminister von dem Bortworte
zu entlasten, die Verhandlungen mit Deutschland
absichtlich verzögert zu haben, ausgeführt:

„Am die russische Getreideausfuhr zu er-
leichtern, schuf Rußland im Zolltarif vom Jahre
1891 eine Zollermäßigung für viele Artikel der
Metallindustrie und der chemischen Industrie.
Sodann erklärte die russische Regierung in einem
Voranschlage an Deutschland, sie wolle diesen Tarif
für die deutschen Exportartikel binden, bezogere
dagegen, daß Deutschland seine Zölle für Getreide,
Holz und Thiere ermäßige. Deutschland ant-
wortete darauf im Februar 1892, nachdem im
Zwischen die Verträge mit Oesterreich, Italien,
der Schweiz und Belgien abgeschlossen waren,
demnach Rußland Differentialzölle gegenüber-
gestellt war. Deutschland forderte in dieser
Antwort Erleichterungen im Grenzverkehr, die
Beseitigung der Zollunterschiede zwischen der Ein-
fuhr zur Lande und der Einfuhr zur See und
Zollermäßigungen für 171 Artikel von den 212
Positionen des russischen Zolltarifs, ohne jedoch
das Ausmaß der gewünschten Ermäßigung anzu-
geben. Rußland richtete im Juni 1892 an die
deutsche Regierung das Ansuchen, ihre Forderungen
genau zu präzisieren. Im August 1892 ant-
wortete die deutsche Regierung, daß die Liste der
gewünschten Zollherabsetzungen ausgearbeitet werde.
Rußland mißte aber unbedingt die Zölle für den
Landimport und für den Import zur See gleich-
stellen. Die Antwort Rußlands verzögerte sich
durch den Wechsel im Finanzministerium. Der
neue Finanzminister schuf einen doppelten Zoll-
tarif, um denjenigen Staaten, die Rußland meist-
begünstigt behandeln, Vorteile gewähren zu
können. Er theilte dies der deutschen Regierung in
Oktober 1892 mit. Deutschland antwortete im
Dezember 1892 und erbat die Beibehaltung
des bisherigen Zollsystems bis zur Be-
endigung der Unterhandlungen. Seitens Rußlands
wurde dies zugestanden, wenn die Verhandlung
bis zum 1. April 1893 zu Ende geführt sein
würde, was die deutsche Regierung, in sichere An-
sicht stellte. Im Februar 1893 richtete der
deutsche Reichskanzler an die russische Regierung

ein ausführliches Memorandum. In demselben
wurde Rußland der Konventionaltarif angeboten.
Als Gegenforderungen wurden gestellt: Einräumung
der Meilbegünstigung für deutsche Produkte, die volle
Gleichstellung des Imports über die Land-
grenzen mit der Einfuhr zur See, ferner die
Bindung einer Reihe von Zöllen des autonomen
Tarifs, eine Zollermäßigung für 77 Artikel des
Tarifs, und zwar um 40, 60 bis 80 Prozent,
endlich Herabsetzungen des finnländischen Tarifs
und Erleichterungen im Grenzverkehr. Rußland
antwortete auf dieses Memorandum im April
1893, daß der Zolltarif in Finnland allmählig
dem russischen gleichgestellt werden solle. Rußland
wollte ein, 66 Artikel seines Tarifs herabzusetzen,
in denen sich die Einfuhr nach Deutschland auf
30 Millionen Rubel beläuft, und verschiedene
Grenzverlehterungen zu gewähren. Dagegen for-
derte Rußland den Abschluß eines Viehseuchen-
übereinkommens mit Deutschland und schlug vor,
eine gemeinsame Konferenz abzuhalten, auf welcher
die gegenseitigen Forderungen in Verhandlung
gezoen werden sollten. Die Antwort Deutschlands
langte Mitte Juni in Petersburg ein. Die
deutsche Regierung erklärte in derselben den Ab-
schluß eines Viehseuchen-übereinkommens für un-
durchführbar; sie bestand auf der Herabsetzung
des Zolltarifs für Finnland und beschwerte die
angebotenen Herabsetzungen des russischen Tarifs
für ungenügend. Die russische Regierung ant-
wortete eingehend, sie lasse das Viehseuchen-
übereinkommen fallen, der finnländische Tarif sei
ausgeschlossen Sache der inneren Politik Rußlands.
Die russische Regierung sei in Sachen des Tarifs
einem weiteregehenden Entgegenkommen geneigt und
schlug zu diesem Zwecke vor, eine Konferenz ein-
zuberufen, auf der die Forderungen Deutschlands
näher geprüft werden sollten. Daraufhin ant-
wortete die deutsche Regierung am 28. Juni, die
Konferenz verspreche nur dann einen Erfolg, wenn
Rußland sämtliche Forderungen Deutschlands
befriedige; Erhöhungen des finnländischen Tarifs
müßten durch Herabsetzungen des russischen Tarifs
kompensiert werden; die Konferenz könne vor
dem 1. Oktober nicht zusammenreten, weil die
Minister und auch die älteren Räte nach dem
Schlusse der Reichstagsferien erholungsbedürftig
seien. Die russische Regierung beantragte nun,
daß sich Deutschland und Rußland gegenseitig pro-
visorisch die Meilbegünstigung einräumen sollen;
dieser Vorschlag lehnte die deutsche Regierung ab.
Darauf folgte Rußland gegenüber dem Exporte
aus Deutschland den Zolltarif ein und er-
klärte nochmals seine Vereinnahmung, eine gemein-
same Zollkonferenz abzuhalten und dem deutschen
Reiche noch weitere Zollkonventionen zu gewähren.
Die deutsche Regierung antwortete am 15. Juli,
sie wünsche, daß die Konferenz am 1. Oktober
zusammentrete. Die russische Regierung stimmte
diesem Termine bei, erklärte sich aber bereit, die
Konferenz auch zu einem früheren Zeitpunkte ab-
zuhalten.“

Die Zeitschrift des russischen Finanzministers
ergänzt in einigen Punkten die deutsche Zeitschrift.
Im Uebrigen bestätigt sie nur, daß die Zugestän-
nisse Rußlands ungenügend waren. Es ist zu
hoffen, daß sich bis zum 1. Oktober die An-
sichten in den leitenden russischen Kreisen über
die Vortheile einer vernünftigen Handelspolitik
mit Deutschland wesentlich geändert haben werden.

Die große Herbstparade des Garde-
korps, die von dem Kaiser morgen (Dienstag) an
dem östlichen Exerzierplatze des Tempelhofer
feldes abgehalten werden wird, beginnt um 9 Uhr.
Zu derselben sind, allem Brauche gemäß, auch
die Truppen der Garnison Potsdam befohlen; da-
gegen wird die dritte Kavallerie-Brigade, be-
stehend aus dem 1. Garde-Dragoon-Reg. Königin
von Großbritannien und Irland und dem 2.
Garde-Dragoon-Regiment, ausfallen, weil beide
Regimenter am Paradedage zu Übungen von
Berlin nach abwesend sein werden. Das 4.
Garde-Regiment z. S. wird zum ersten Male als
ein der Berliner Garnison angehörendes Regiment
in der Parade stehen. Der Verlauf der Parade
wird, ebenso wie ihre Aufstellung, dem längst
autoritativen Brauche entsprechen.

Die Erhöhung des Pachtportos ist auf
der Ministerkonferenz in Frankfurt a. M. über-
haupt nicht zur Sprache gebracht worden. In
amtlichen Kreisen ist auch vorher nichts davon
erwähnt die Rede gewesen, und zwar hat es, wie
die „Nat. Ab. Corr.“ ausführt, seinen guten
Grund, die Finanzen der Reichspostverwaltung
zunächst aus dem Spiele zu lassen. Der Reichs-
tag wird ihnen gelegentlich einen besonderen Ab-
schnitt seiner präsidenten und beschließenden Tätig-
keit zu widmen haben, denn die Besorgung lag
sich nicht mehr von der Hand weisen, daß die
Reichspostverwaltung nahe daran ist, als Ein-
nahmesquelle für die Reichskasse zu verfallen. Im
ordentlichen Etat des Reichshaushalts für
1893/94 erscheint freilich noch ein Ueberschuß von
21,20 Millionen. Aber daneben her im Urdent-
lichen Etat noch eine Forderung von 487 Mil-
lionen für einmalige Ausgaben (Postbauten) und
der reine Ueberschuß von 11,42 Millionen,
der hiernach noch verbleibt, würde sich im Augen-
blick in ein Defizit von etlichen Millionen ver-
wandeln, wenn der Vertrag mit der preussischen
Regierung, bezw. das Reichspostgesetz
vom 1875 dahin revidiert würde, daß die Ver-
gütung der Reichspost an die preussischen Eisen-
bahnen ungefähr den wirklichen Leistungen der
letzteren entspräche. Im Jahre 1884 hat man
zum letzten Male eine amtliche Schätzung des
Vertrages unternommen, um den die Vergütung
hinter den tatsächlichen Postbeförderungskosten
der Eisenbahn zurückbleibt. Nach der damaligen
Schätzung bezifferte sich der Unterschied über 12
Millionen. Daß er in den verfloffenen zehn
Jahren zum Nachtheil der preussischen Bahnen
erheblich größer geworden sein muß, versteht sich
von selbst. In Preußen scheint man nicht mehr
willens, diesen Tribut an die Reichspostverwaltung
weiter zu entrichten. Im verfloffenen Winterhal-
bjahr ist die preussische Staatsregierung vom
Abgordnetenhaus durch einstimmig gefaßten Reso-
lutionsbeschluß aufgefordert worden, alljährlich ge-
nauen Bericht über die Leistungen d. r. Staats-
bahnen für die Reichspost zu erstatten und eine
Revision des Reichspostgesetzes von 1875 in die
Wege zu leiten. Der Eisenbahnminister hat zwar
zur dem ersten Wunsch der Landesvertretung
entgegenkommen sich geäußert, hingegen zum
letzteren Wunsch alle Weiterungen dem Beschluß
der parlamentarischen Staatsregierung vorbehalten. Es
kann aber nicht ausbleiben, daß es im Laufe der
bevorstehenden Landtagswahlbewegung als ein un-
erträgliches Mißverhältnis hervorgehoben wird,

wenn Preußen in Folge des Rückgangs der Eisen-
bahnrente in den jüngsten drei Etats mit Fehlbe-
trägen von 42, 25, 58 Millionen sich abfinden
muß, während der Reichspost jährlich ein Ge-
schent von wahrscheinlich 15-16 Millionen ge-
macht wird. Die Behandlung dieser Frage vor
den Wählern dürfte einen hinreichend starken
Druck auf die Staatsregierung üben, daß sie dem
Resolutionsbeschluß des Landtags auch im zweiten
Theile demnach willfährig. Aber auch wenn dies
nicht jetzt schon geschieht, ist die Revision des Ab-
kommens mit der Reichspost doch nur eine Frage
der Zeit. Dem der Eisenbahnminister wird ja
fortan alljährlich genauen Bericht darüber er-
statten, welche Leistungen er für die Reichspost
dauernd erfüllt und wie weit der für alle Zeiten
einheitliche Vergütungssatz hinter den wirklichen
Kosten zurückbleibt. Das muß doch auf die
öffentliche Meinung und den Landtag einen mit
dem wachsenden finanziellen Mißverhältnis immer
stärkeren Eindruck machen, so daß auf die
Dauer eine Aufrechterhaltung des Vertrages
mit der Post gar nicht mehr denkbar ist.
Dann hat eben die Reichspostverwaltung ihre
Rolle als „Lebersteuerverwaltung“ materiell aus-
gespielt, einerlei wie man ihren einmaligen erteil-
lichen Bedarf formell behandelt. Wie diese not-
leidenden Finanzen der Reichspostverwaltung
künftig eine Aufbesserung erfahren können, um der
Reichskasse nicht eine Belastung, sondern eine
Hilfsquelle zu sein, ist eine Frage, deren Ent-
scheidung völlig der Zukunft angehort. In An-
betracht der von Preußen her getrend gemachten,
demnach unabweisbaren Ansprüche läßt sich aber
recht wohl verstehen, daß die Finanzminister nicht
die geringste Veranlassung erkennen mochten,
gerade die Finanzen dieser Verwaltung bei ihrem
Reformplan mit einzuziehen, ganz abgesehen da-
von, daß die Erhöhung des Pachtportos schwerlich
eine Mehrertragsquelle erbrächte, sondern nur die Be-
volkerung, die sich zur Zeit in der Benutzung
des billigen Verkehrsmitels einen förmlichen
Genuß erlaubt, zu weiser Defonomie er-
zogen hätte.

Ueber die Mittwochssitzung des Sozia-
listenkongresses erzählt der Berichtler der
„N. Z. Ztg.“:

„Der Vorsitz hatte das Bureau England
zugewiesen. Ein Herr Dodge übernahm das Amt,
dessen Schwierigkeiten seit dem Abend zuvor be-
deutend abgenommen haben. Einen lustigen
Gegensatz zu dieser nicht unzufriedenen Bemerkung
bildet die neue Präsidentenrede; die alte
bescheidene Heerde mit ihrer Schaulust für
das bekannte breite Lederband, das unsere Alpen-
thiere um den Hals tragen, ist verschwunden; an
ihre Stelle hat man eine Parlamentsrede mit
Griff gelegt, viel größer und anpruchsvoller, die
dafür auch einen mächtigen, tiefen, feierlich
stimmenden Ton schlägt, besonders wenn sie so
elegant gehandhabt wird, wie Herr Dodge sie
handhabt. Dieser Mann mit seinem breiten
braunen Gesicht, über das ein schwarzer Schurz-
bart und Seitenbart, kurz geschnitten, sich be-
quemlich blickenden Augen und mit feiner ganz
runden Figur, macht weit eher als den Eindruck
eines Unmüthlers den eines fröhlichen ungarischen
Sportmannes mit „idealem Lebenswandel“. Er
steht in einem geradezu zärtlichen Verhältnis zu
seiner Glocke. Spricht ein Redner zu lange oder
erhebt sich ein bischen Vorn — die Tage des
stehenden Vorkommens scheinen für den Kongreß
dahin zu sein —, so schlägt er erst, ganz nur aus
dem Hauptent, ein, zwei, drei Mal einen leise
warmernden, fast bittenden Ton an; dann kommt
ein kurzer feuriger Wirbel um, wenn diesem
Signal Folge gegeben worden ist, nochmals ein
leichter Schlag, gleichsam eine Befähigung an-
deutend, wo der leichte Feinhammerschlag des
Schmidemeisters auf dem Ambos nach den
Gehobenen schlägt der Gefellen. Mit solch
feierlichem Geläute wurde die Sitzung eröffnet,
und nach dem letzten Glockenton hat der Präsident
in geradezu schmeichlich-freundlichem Tone allerer-
st eine strenge Rede. Der Mann kennt seine Leute;
einer gewissen cholesterischen Vortheile unterliegen
die heftigsten und standhaftesten Franzosen
am allerersten. Strahlend wie der
gerliche Vollmond ging Herr Fauquez über der
Tribüne auf, der ganze Mann ein fächerndes Be-
weis der verschwundenen Freigebigkeit der
Natur; aus diesem einen Sozialdemokraten hätte
man mindestens sehr ganz ansehnliche Bourgeois
machen können. Er hat über die Frage des
Achtunntages zu referieren. Als galanter
„Welsh“ verjagt er die döperliche Anekdote
„Citoyens et Citoyennes“; er behandelt die Ver-
sammlung als Messieurs et Mesdames und dabei
gibt er seiner Stimme einen Schmelz, den man
sonst nur bei aufgelodeter Butter findet. . . . We-
weglich wie Quecksilber, raslos wie eine Eidechse
und lustig wie ein Eichhörnchen springt Herr
Bernstein im Saale herum; bald steht er mitten
unter den deutschen Abgeordneten, bald sitzt er auf
der Tribüne und unterhält sich gewandt mit den
daßigenen Damen, die wie in Heines „Wimme-
längern“ vom betpöppelten Balkon munter auf den
Stampf der Meinungen und der Stimmen hin-
unterhauen. Herr Bernstein hat von unserm
allezeit fremdlichen Bundesrat die Erlaubnis be-
kommen, sich einen Monat in der ihm sonst mit
Gefolgeverlegen verschloffenen Schweiz aufzuhalten.
An dem Gelande der Tribünenreihe lehnt Otto
Lang, dessen Name mit dem Nebels und Dr.
Nobers zusammen genannt worden ist, und macht
ein zufriedenes Gesicht, wie Gottfried Kellers
Meister Hebing, wenn er einem „großen Ein-
gehoßen“ die Hand gedrückt hat. . . . Eine Anzahl
von Damen raucht behaglich und grazios ihre
Zigarette; man mag sagen, was man will — das
heißt gar nicht schlecht aus, wenn Koffein, Gesicht
und Haartracht entsprechend „stüch“ beschaffen
sind. Eine Dame, welche nicht raucht, ist die
mitten unter den Männern der Unions aus Eng-
land sitzende Tochter des bekannten Dichters
William Morris, eine beinahe übersehene Er-
scheinung in dunklen Gewande, mit ebe-
geschnittenem Gesicht, einen kecken Männerfuß über
dem prächtigen dunklen Haar. Ein hübsches Bild
blonder kräftiger Weiblichkeit bietet dagegen die
Dame Clara Jettin, die als Lebersteuerverwaltung
mit scharfer, etwas monotoner Stimme ihres Amtes
waltet; man merkt es ihr an: die Sätze und
Phrasen, die sie auszusprechen hat, sind ihr eben
so wenig neu, als dem Erklärer eines Karitäten-
kabinetts seine Schätze. . . .“

Kiel, 12. August. Wie bereits gemeldet,
stattete Seine Majestät der Kaiser heute Vormit-
tag mit großem Erfolge den Bantzen des Nord-

ostseefanals zum dritten Male in diesem Jahre
einen Besuch ab. Der Monarch begab sich gegen
11 Uhr Vormittags in der blauen Salonpinaffe
der „Hohenzollern“, die den kaiserlichen Drei-
wimpel führte, nach Holtenau, geleitet von dem
Vorpräsidenten der kaiserlichen Kanal-Kommission,
Geheimrath Löwe. In Holtenau wurde der
Kaiser von dem Wasserbauinspektor Schuyper und
den höheren Baubeamten des Bauamts V an der
Landbrücke empfangen und zur Baustelle geleitet.
Hier angelangt und von den dort beschäftigten Ar-
beitern mit Hurrahs begrüßt, ließ sich Se. Maj.
vom Baurath Koch, dem Stellvertreter des zur
Zeit in Chicago weilenden Geheimrath Füsscher,
ausführlichen Vortrag über den Stand der Arbeiten
halten, an der Hand von Zeichnungen über die bei
Verensau ausgeführte Hochbrücke, für deren Bau
der Monarch bei der letzten Besichtigung der Ar-
beiten am Nordostsee-Kanal, im Juni d. J. den
Grundstein gelegt hatte. Nach eingehender Be-
sichtigung des Schlenfenbaues bei Holtenau wurde
dem Bauamtschef ein Besuch abgestattet, bei wel-
cher Gelegenheit der Kaiser meistens selbst den
Herren vom Gefolge Aufklärung über die Arbeiten
sowohl als auch über die im Museum befindlichen,
größtentheils recht wertvollen Sachen Anklärung
gab. In leutseligster Weise erkundigte sich der
Monarch gelegentlich der Unterhaltung mit den
Beamten auch nach deren persönlichen Verhält-
nissen. Gegen 12 Uhr verließ Se. Majestät die
Baustelle, um noch mit dem Gefolge die Kanal-
strecke bis Memmtenbeck zu besuchen. Gegen
1 Uhr kehrte der Monarch an Bord der kaiser-
lichen Yacht „Hohenzollern“ zurück.

Mainz, 13. August. Ueber den Kapell-
meister Kern, der sich bekanntlich wegen Majestäts-
Beleidigung vor dem Militärgericht zu verant-
worten hatte, laufen die mannigfachen Nach-
richten um. Zuerst hieß es, der Angekludigte sei
zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden;
dann wurde ein anderes Blatt zu melden, das
Urtheil lautete nur auf zwei Jahre Gefängnis,
und die Offiziere in Wiesbaden hätten sich zu
Gunsten des Beurtheilten mit einem Gnaden-
gesuch an den Kaiser gewandt. Und nun bringt
die „N. Z. Ztg.“ die Nachricht, Kapellmeister
Kern sei freigesprochen und aus dem Gefängnis
entlassen. Welche resart die richtige ist, das läßt
sich bei den Heftigkeiten, mit welchen die Mi-
litärgerichtsbarkeit bei uns umhüllt wird, nicht
kontrollieren.

Koburg, 13. August. Das heute über das
Befinden des Herzogs ausgegebene Bulletin lautet:
„Die Nacht von gestern zu heute verlief dem hohen
Patienten ruhig; die Schwäche der letztvergan-
genen Tage hat zugenommen.“

Bad Kissingen, 12. August. Etwa 700
Lehrer der bayerischen Lehrerversammlung brachten
dem Fürsten Biemarck gestern Nachmittag eine
Huldigung dar. Der Fürst erwiderte auf eine
Empfange des Lehrers Dittmar (Nürnberg) unter
andem folgendes: „Ich habe immer hier und in
anderen bayerischen Landen eine freundliche Auf-
nahme gefunden und freue mich auch besonders
Ihrer Begrüßung, sowohl im Hinblick auf die
Vergangenheit wie im Hinblick auf die Zukunft.
Die Schule hat an unserer nationalen Institu-
tionen einen erhabenen Antheil und unsere Schule
— und darin macht wohl der kleinste Staat keine
Ausnahme — ist, wie unser deutsches Offizier-
korps, eine spezifisch deutsche Einrichtung, welche
aus andere Nationen so leicht und so rasch nicht
nachmachen werden. (Stürmisches Bravo.) Der
mächtige Einfluß, welchen die Gesamtheit der
Lehrer auf die nationale Erziehung ausmacht, besteht
darin, daß das deutsche Kind gleichsam wie ein
unbeschriebenes Blatt dem Lehrer in die Hand ge-
geben wird und was dieser zuerst im primären
Unterricht darauf schreibt, bleibt mit unzerstör-
barer Schrift fürs ganze Leben. Die jugendliche
Seele ist ja weich und empfänglich und jeder er-
fährt es, daß das, was er vom 7. bis 15. Jahre
gelernt, ihm auch unvergessen ist bis ins Greisen-
alter, daß es ihm klarer und r fähbarer bleibt,
als später erworbenes. In dieser Bildungszeit der
Jugend, in dem Festhalten der kindlichen Ein-
drücke liegt die Gewalt des deutschen Lehrers über
die deutsche Zukunft. Ich habe schon bei
früherer Gelegenheit gesagt: Wer die Schule hat,
hat die Zukunft. Was die Schule auf den nation-
alen Charakter für einen Einfluß zu üben ver-
mag, dafür giebt uns Frankreich ein Beispiel.
Ich habe bei meinem Aufenthalt daselbst, im Krieg
und Frieden die dortigen Schullehrer kennen zu
lernen Gelegenheit gehabt, und man hat dort
einen Weg eingeschlagen, der für unsere deutsche
Heimath nicht zu empfehlen war. Seit Napo-
leon I. ist insbesondere der französische Geschichts-
unterricht eine große Geschichtsbildung, die nicht
ohne schädlichen Einfluß bleiben kann. Aus
dieser Ursache, wie wir sie in Frankreich be-
obachtet, sollte man Anlaß nehmen, nach den
Worten: „Erlebe Dich selbst, die milder glücklichen
Eigenschaften unserer Nation durch die Schule zu
bekämpfen. Aufgabe der Schule ist es z. B., dem
früheren Hang unserer Vorfahren zu Sende-
Verbindungen, welche von dem Nationalgedanken
ableiten, entgegenzutreten. Ein Blick auf jede
starke vor 1800 mit den vielen Reichsdoffieren,
Reichshofräthen, Reichsklöstern zeigt, wohin diese
Neigung zum Zerreißen des Ganzen führte; jeder
wollte von dem Mantel der kaiserlichen Nation
einen Theil sich aneignen. Schon für die
Schule ist es eine dankbare Aufgabe, auf die Festi-
gung des Gefühls, daß wir alle Deutsche sind
anzuwirken.“

Oesterreich-Ungarn.

Brünn, 12. August. Eine Abordnung des
tschechischen Vereins erschien in der Statthalterei
und beschwerte sich über die Anbringung reini-
gter Straßentafeln, die eine Beleidigung des
tschechischen Volkes sei. Hofrath Baumgärtel erklärte,
die deutschen Straßentafeln seien Eigentum des
deutschen Schützenbundes, also Privatgut. Tschechische
Privatleute könnten auch Tafeln nach
ihrem Geschmack anbringen.

Best, 12. August. Der Bischof Pabel von
Großwardein hat den Blättern eine Erklärung ge-
geben lassen, in welcher er gegen die Anklage des
Vaterlandsverraths energisch protestirt. Er lasse
sich auf keine Zeitungspolemik ein, sondern werde
für seine vorgelegten Befehle verantwortlich. Sein
Wohlbefinden gegenüber Großwardein bleibe
unverändert bestehen.

Niederlande.

Amsterdam, 13. August. In Folge Unter-
brechung des telegraphischen Verkehrs ist erst heute
hier die Nachricht aus Haarlem eingegangen, daß
die dortige Polizei, in Ausführung eines Bes-
chlusses des Stadtrathes, betreffend die Aufhebung
der Kirmess, gestern Mittag dieselbe für geschlossen
erklärte. Trotz des Verbotes wollte ein Theater
eine Vorstellung geben, welche jedoch von der
Polizei unterjagt wurde. Eine große lärmende
Menschmenge sammelte sich darauf in den
Straßen an; die Polizei war genöthigt, mehrere
Schüsse abzugeben, aber die Volksmassen sam-
melten sich immer aufs Neue an. Gegen Mitter-
nacht wurde durch den Bürgermeister Kavallerie
requirirt, welche mehrere Angriffe auf die Volks-
menge ausführte, wobei zahlreiche Verwundungen
vorliefen. Viele Personen sind verhaftet worden.
Um 1 Uhr Nachts war die Ruhe wiederher-
gestellt.

Naag, 13. August. Prinz Heinrich von
Preußen ist heute Vormittag hier eingetroffen.
Zur Begrüßung waren am Bahnhofe die Prin-
zessin Heinrich mit dem Prinzen Waldemar, so-
wie der deutsche Gesandte und die Mitglieder der
deutschen Gesandtschaft erschienen. Die prinzliche
Familie begab sich sofort nach Scheveningen.

Frankreich.

Paris, 12. August. Der Paps hat an den
Erzbischof von Voreau ein Schreiben gerichtet,
in welchem die Franzosen zur Eintracht anmahnt
und aufgefordert werden, die beschlechte Verfassung
anzuerkennen und tren zu beobachten. Der Paps
tadel nachdrücklich die vorgeblich katholischen
Schriftsteller, welche kirchliche Würdenträger an-
gegriffen und sich das Recht anmaßten, gegen die
Unterwerfungen des Pappes zu schreiben.

Paris, 12. August. Nach hier vorliegenden
Nachrichten aus Buenos-Ayres sprechen dortige
Blätter von bedeutenden Unterhandlungen, die
unter der Präsidentschaft Celmans dorgekommen
seien. Es werde gegen Celman und gegen den
ehemaligen Finanzminister Pacheco eine Unter-
suchung eingeleitet werden. In dem Ministerium
drohe eine Krisis auszubrechen. Das Ministerium
solle durch ein Kabinet der Partei Pellegrini er-
setzt werden.

Paris, 13. August. Dupuy's gestrige Rede
findet bei den gemäßigten Blättern eine günstige
Aufnahme. Das „Journal des Debats“ schreibt:
Die gestrige Rede unterscheidet sich im Hinblick
auf die Kallitrien auf das Glückliche von ge-
wissen bei anderen Gelegenheiten gebotenen Pro-
nuntiationen. Der Handelsminister Terrier drückte
sich unläugig anders aus, aber wir glauben zu
wissen, daß die Worte des Ministerpräsidenten die
wahre Meinung des Ministeriums ausdrücken.
Der „Figaro“ schreibt: Und die Kallitrien? Wir
sind schon weit von der Rede von Toulouse ent-
fernt. Dupuy nennt sie nicht mehr die Resignir-
ten, er hütet sich davor. Zwar hat sich dieser
Tage Minister Terrier, aber er von den Kallitrien
sprach, nicht gerade so ausgedrückt, aber Ein-
heitlichkeit der Anschauungen von einem Ministerium
zu verlangen, das aus der Konzentration hervor-
gegangen ist, wäre zu viel verlangt. Der
„Gaulois“ schreibt: Dupuy zeigt sich bereit, den
aufrichtigen Kallitrien den besten Empfang zu be-
reiten, da sie in seinen Augen nicht mehr als ein-
fache Resignirte erscheinen. Die Rede von Puy
bildet die Brücke zwischen den beiden Reden von
Toulouse. Die Radikalen sind natürlich nicht mit
der Rede einverstanden. Der „Radikal“ nennt
die Rede banal. Andere Blätter vermischen jeglichen
Hinweis auf die Tagesfragen, wie die Affaire
Dupuy.

Le Puy, 12. August. Der Ministerpräsident
Dupuy, welcher heute Vormittag hier eingetroffen
war, hielt bei einem Wahlbankett eine mit leb-
haftem Beifall ausgenommene Rede. Er hob
dabei die Nothwendigkeit hervor, die Frage der
Vereinsfreiheit zu regeln und die Arbeiter-Gesell-
schaft zu reformieren. Weiterhin sprach er von
den Kallitrien, betonte ihre Anhänglichkeit an die
Republik, welche Allen offen stehe, und hieß sie
willkommen, falls sie weder aus Interesse noch
aus Eiteligkeit handelten. Dupuy fügte hinzu,
Frankreich müsse durch seine politische Einheit
seine territoriale Einheit konsolidieren, welche die
Stärke und Zuversicht des Landes bilde. Die
Würde und Größe Frankreichs seien das einzige
Ziel aller Gedanken. Schließlich wies Dupuy
auf den diplomatischen Erfolg der Regierung in
der flammenden Angelegenheit hin.

Italien.

Der „berühmte Patriot“, welcher der „Banca
Romana“ 62000 Lire schuldete, war Benedetto
Cairoli, der zwar nie in der italienischen Armee
dient, aber garibaldinischer Oberst war und
daher auch die seinem Range zustehende Pension
hatte, die er jedoch nie bezog. Die Familie
Cairoli, ursprünglich reich, hatte nicht nur ihre
Söhne, sondern auch den größten Theil ihres Ver-
mögens für die Einigung Italiens geopfert, und
Benedetto Cairoli befand sich in seinen letzten
Jahren, da er auch die mit seinen hohen Orden
verbundenen Einkünfte zurückwies, in argen Geldver-
legenheiten. Nicht einmal die kleine Pension, die
ihm als einem der „Tausend“ zukam, nahm er
an; ebenso wies er die ihm angebotene Unter-
stützung von Freunden zurück. Während seiner
letzten Krankheit gerieth die Familie in förmliche
Verarmung, und da schlug man ihr ein Anlehen
bei der „Banca Romana“ vor, welches durch die
Pachtlöse von Belgirate und die Villa in Gros-
pello hinreichend sichergestellt war. Als er starb,
waren von der „Banca Romana“ erst 35000
Lire entlehnt worden, und der Direktor Rampono
ließ der Familie, sobald er die Todesnachricht er-
fuhr, 27000 Lire auszahlen. Das ist die Ge-
schichte der 62000 Lire. Auf Cairoli's Anlehen
fällt nicht der geringste Schilling; mit dem Pro-
zente der „Banca Romana“ hat sein Name nichts
zu thun.

Die diesjährigen großen Schiffsmanöver,
welche sich, wie berichtet, im thyrrenischen Meere
abspielen werden, gewinnen durch die Anwesenheit
Sr. königl. Hoheit des Prinzen Heinrich von
Preußen an Bedeutung. Das Manöverfeld ist
begrenzt: im Westen durch den Meridian von
Ventimiglia, im Süden durch Marsala, im Osten
durch das Kap Campanella und im Norden durch
die thyrrenische Küste vom Kap Campanella bis
Ventimiglia. Das Geschwader ist in zwei Par-
teien getheilt: ein Besichtigungsgeschwader (permanentes
Geschwader) und ein Dispositionsgeschwader (Wander-
Geschwader), jedes zu drei Divisionen. Erstes
wird vom Prinzen Thomas von Saaben, Herzog

